



Antrag

der Fraktion der SPD

Belastung bei der Landespolizei erkennen und reduzieren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erkennt die gestiegene Arbeitsbelastung bei der Landespolizei an und dankt den Beamtinnen und Beamten für den täglichen Einsatz unter schwierigen Rahmenbedingungen. Der Landtag hält vor dem Hintergrund der Belastungen eine Debatte über die künftigen Aufgaben der Landespolizei, mit dem Ziel der Entlastung, für unumgänglich. Dabei hat zu jedem Zeitpunkt die Sicherheit der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner an oberster Stelle zu stehen.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, in einem ersten Schritt, bis zum Ende des Jahres, einen Maßnahmenplan zur Entlastung der Landespolizei auszuarbeiten. Dieser soll mindestens die folgenden Punkte umfassen:

- Systematische Erfassung und Auswertung der Ursachen von Überlastungsanzeigen, Teildienstunfähigkeiten und Langzeiterkrankungen
- Konkreter Zeitplan für und mögliche Entlastung durch eine Übertragung von Schwertransportbegleitung auf sogenannte „Beliehene“
- Konzept für eine Entlastung der Landespolizei bei den sogenannten Abschiebefahrten
- Prüfung des verstärkten Einsatzes von Tarifbeschäftigten in der Landespolizei zur Unterstützung der Vollzugsbeamten
- Konzept für die schnellstmögliche Sicherstellung der flächendeckenden Durchführung des vorgesehenen Einsatztrainings
- Ermittlung kurzfristig umsetzbarer Entlastungspotentiale durch Entbürokratisierung und Digitalisierung

Begründung:

Neben zahlreichen Rückmeldungen aus der Praxis deuten auch objektive Zahlen darauf hin, dass die Arbeitsbelastung in der Landespolizei in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat. So ist es trotz Stellenaufbau nicht gelungen, den Überstundenberg von rund 500.000 Stunden pro Jahr zu reduzieren. Die Zahl der Überlastungsanzeigen in der Landespolizei hat sich von sechs im Jahr 2022 auf 23 im Jahr 2023 erhöht. Seit 2021 fallen in der Landespolizei jährlich mehr als 200.000 Krankheitstage an, rund ein Drittel davon durch Langzeiterkrankungen. Hunderte Beamtinnen und Beamten konnten im vergangenen Jahr das Einsatztraining nicht wie vorgesehen absolvieren, nach Aussage des Landespolizeiamts unter anderem, weil es Vorrang habe, die Anzahl der erforderlichen Funkstreifenwagen im täglichen Dienst sicherzustellen.

Wiederholt zeigt sich, dass wichtige Daten zur Belastung der Polizei nur unzureichend erhoben und ausgewertet werden. So werden keine Daten zu Teildienstunfähigkeiten erhoben, obwohl diese für ein vollständiges Bild wichtig wären. Ebenso gibt es keine einheitlichen Erfassungsmodalitäten für Überlastungsanzeigen, weswegen die Landesregierung davon ausgehen muss, nicht über alle Überlastungsanzeigen informiert zu werden. Nachdem wichtige Zahlen zu Langzeiterkrankungen jahrelang automatisiert gelöscht wurden, fehlt nach wie vor eine Aufarbeitung der Ursachen für den hohen Stand an Langzeiterkrankten in der Landespolizei.

Äußerungen von Vertretern der Landesregierung machen deutlich, dass ein weiterer Personalaufbau bei der Landespolizei in den kommenden Jahren nicht geplant ist. Daher ist eine fundierte Debatte über eine Entlastung unumgänglich.

Niclas Dürbrook
und Fraktion